Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 52 (1958)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Gipfelkonferenz mit Atombomben ; Abschreckung - ein Trug ; Widerstreitende Kräfte ; Der Widerstand wächst ; Die "Unterentwickelten"

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140259

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gen handelt, ist da ein berndeutsches «tiens!» nicht sicherer als alle im besten Französisch versprochenen «tu l'auras»?

Zum Abschluß, wenn eine Verständigung unter Bewohnern eines Kantons, die verschiedener Zunge und verschiedener Religion sind, nicht mehr möglich ist, was wird da vom Band und der Freundschaft im Helvetischen Bund übrig bleiben? In einer Zeit, wo so viele andere Probleme aller Art, politische, wirtschaftliche, soziale, religiöse und militärische, unlösbar scheinen und sich der Welt und der geliebten Schweiz stellen, fühlt man sich von Schwindel ergriffen, und der Turm von Babel taucht vor unseren erschreckten Augen auf. *R. H. Jeanneret*

WELTRUNDSCHAU

Gipfelkonferenz mit Atombomben Es wird nun doch immer wahrscheinlicher, daß dank dem unausgesetzten Drängen der Sowjetregierung gegen den Herbst hin wirklich eine Konferenz der obersten Staatsführer der «großen Vier» stattfindet. Moskau hat sogar das Zugeständnis gemacht, daß nach gehöriger diplomatischer Vorarbeit zunächst ein Außenministertreffen veranstaltet werden solle, wie das die Westmächte immer gewollt haben. Nur schlägt es vor, daß an diesem Treffen nicht weniger als zwölf Außenminister aus West und Ost teilnehmen sollen – eine offenbar unglückliche Idee –, und daß sich die Vorkonferenz auf die Festsetzung der Tagesordnung und der übrigen geschäftlichen Einzelheiten der Gipfelkonferenz beschränken solle, was wiederum sehr vernünftig erscheint, da sowohl die Zusammenkunft der Außenminister als diejenige der Regierungshäupter von vornherein aufs schwerste gefährdet würde, wenn nach dem Wunsch besonders des amerikanischen Staatssekretärs schon an der Außenministerkonferenz einige der großen strittigen Sachfragen behandelt würden.

Darüber hinaus will Dulles von einer Zusammenkunft der Regierungschefs nur etwas wissen, wenn von vorneherein Aussicht bestehe, daß das Wettrüsten beendet oder sonst ein großes Problem gelöst werden könne. Aber diese Aussicht besteht nun eben kaum. Das anhaltende Sperrfeuer, das die westmächtliche Diplomatie und Propaganda vor den Rapackiplan (Schaffung einer neutralen, atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa) legt, läßt wenig Gutes auch für die übrigen Koexistenzvorschläge ahnen, mit denen die Russen wahrscheinlich aufrücken werden. Die Westmächte können und wollen in ihrer gegenwärtigen Verfassung einfach nicht auf ihr großes Ziel verzichten: den Sowjetblock durch Lösung der Satellitenstaaten von Moskau zu

sprengen und Ostdeutschland durch schlichte Angliederung an die Bonner Bundesrepublik ebenfalls ins antikommunistische Lager herüberzuziehen – alles im Namen der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Sie werden darum auch das Mittel nicht aus der Hand geben, mit dem sie ihr Ziel zu erreichen hoffen: die Steigerung ihrer militärischen Rüstungen bis zu einem Punkt, da die Sowjetunion das Wettrennen freiwillig aufgeben werde oder kapitulieren müsse, sei es auf Grund «friedlicher» Verhandlungen «aus einer Position überlegener Stärke heraus», die der Westen gewonnen hätte, oder aber, wenn es nicht anders ginge, gezwungen durch eine siegreiche «freie Welt» nach einem dritten großen Krieg.

Diese Zukunftsschau steht ja – halten wir das nur immer entschieden fest – hinter der ganzen Planung des Kalten Krieges, den die Westmächte führen, und besonders hinter ihrer Rüstungspolitik, die offiziell als wirksamstes Mittel zur Verhinderung eines sowjetischen Angriffs auf den Westen ausgegeben wird. In Wahrheit soll die westliche Aufrüstung nicht der Verhinderung eines neuen Weltkrieges dienen, sondern seiner Gewinnung durch die NATO-Mächte. Rüstungen haben niemals den Zweck gehabt, einen Krieg zu verhindern, sondern immer nur den, einen als möglich oder wahrscheinlich, ja als unvermeidlich erachteten Krieg siegreich zu bestehen. So auch jetzt die militärischen Rüstungen beider Machtlager, besonders diejenigen des Westblocks. Darauf weist, unter Bezugnahme auf das jüngste britische Weißbuch über die Landesverteidigung, in einem bemerkenswerten Artikel des «New Statesman» (8. März) auch Paul Johnson hin. Das Weißbuch anerkennt zwar, daß «kein Land hoffen dürfe, durch Krieg etwas zu gewinnen», gibt aber sodann deutlich zu verstehen, daß, falls es doch zum Krieg kommen sollte, der Westen unzweifelhaft gewinnen werde. «Die allumfassende Überlegenheit des Westens», so läßt die britische Regierung erklären, «ist eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen.» Die Herstellung von Mittelstreckenraketen werde die Schlagkraft des Westens erhöhen, während sie aus geographischen Gründen den Russen «keinen entsprechenden strategischen Vorteil bringen» werde. Der Ausbruch eines atomischen Totalkrieges wird darum ganz «realistisch» ins Auge gefaßt: «In diesem Falle würde die Rolle der alliierten Verteidigungskräfte in Europa darin bestehen, die Front solange zu halten, bis sich die Wirkung des atomaren Gegenangriffes fühlbar machen könnte.» Kurz, von einer ernsthaften Abrüstung kann bei dieser Auffassung der Lage nicht die Rede sein. Die west-östliche Gipfelkonferenz wird trotz allen schönen Vorsätzen im Schatten der Atombombe stattfinden.

Abschreckung – ein Trug Aber gehen wir der Behauptung, die Drohung mit der H-Bombe schrecke einen möglichen Angreifer von seinem Vorhaben ab, noch etwas weiter nach. Diese Drohung wirkt schon darum nicht stark, weil sie

sich gegen den (wirklichen oder angeblichen) Verteidiger selbst kehrt. Die Atomkriegstechnik stellt ja jeden Staat, der sich ihrer bedienen kann, vor die Frage, wann und ob überhaupt es «sich lohne», Kernwaffen einzusetzen und damit den Feind zu einem atomaren Gegenschlag herauszufordern, der auch den Verteidiger mit Vernichtung bedroht. Das britische Weißbuch hat zwar diese Frage von vornherein zugunsten der Westmächte beantworten zu können gemeint, indem es erklärte, sie würden ihre Atomwaffen auch einsetzen, «wenn Rußland einen größeren Angriff nur mit konventionellen Waffen auslösen würde». Aber was ist ein solcher «größerer Angriff»? Ist es, so hat man in England gefragt, beispielsweise ein von den Russen unterstützter Einmarsch ostdeutscher Truppen in die Bundesrepublik? Oder ein sowjetischer Angriff auf Persien? Oder ein von außen und innen her unternommener kommunistischer Umsturz in Siam, in Südvietnam, auf den Philippinen, wie ihn die Außenminister der SEATO-Staaten (der Südostasiatischen Vertragsorganisation) an ihrer soeben beendeten Konferenz in Manila ins Auge gefaßt haben? Nein, antwortete Ministerpräsident Macmillan in einer konservativen Parteiversammlung (am 4. März); ein größerer Angriff liege erst vor, «wenn sowjetische Truppen mit klarer Entschlossenheit in Europa eindringen, europäische Städte mit hochexplosiven Bomben und Raketen belegen und allgemein eine Politik der Eroberung und der Unterdrückung beginnen». Das hieße also, daß russische Angriffshandlungen zweitrangiger Art nicht automatisch mit dem Einsatz von Atomwaffen beantwortet würden, wohl auch nicht mit dem Einsatz bloß taktischer Atomwaffen, da ein solcher «kleiner» Krieg mit äußerster Wahrscheinlichkeit doch zu einem totalen Vernichtungskrieg führen würde. Würden die Westmächte also solche sowjetisch-kommunistischen Vorstöße mehr oder weniger tatenlos hinnehmen? Wenn ja – was für einen Wert hat dann die ganze «Abschreckungstheorie»? Wenn nein – wäre es zu verantworten, deswegen die Sowjetunion mit H-Bomben anzugreifen und damit die eigene Vernichtung heraufzubeschwören?

Man sieht, in welch ausweglose Lage die Abschreckungstheoretiker ihre Völker zu führen drohen. Aber darüber hinaus ist doch der Glaube an die kriegsverhindernde Wirkung der Massenvernichtungswaffen moralisch und psychologisch ebenso widersinnig wie die alte, verruchte Lehre von der Friedenssicherung durch Kriegsrüstungen überhaupt, deren neueste Form sie darstellt. Wenn nichts anderes, so sollten wenigstens die beiden Weltkriege, die wir erlebt haben, uns diesen Irrglauben endgültig genommen haben. Weder Wilhelm II. noch Hitler ließen sich durch die augenscheinliche militärische Überlegenheit der Gegenmächte von einem Kriegsvorhaben abbringen, bei dessen Ausführung sie und ihre Berater großenteils durch jenseits der Vernunft liegende Kräfte und allerlei bloß spekulative Hoffnungen angetrieben wurden. Die Kriegsrüstungen und der ganze mit ihnen verbundene Mobilisationsmechanismus wirkten besonders Anno 1914

so wenig abschreckend, daß sie auf deutscher wie teilweise auch auf russischer Seite die Katastrophe geradezu herbeizwangen. Und Paul Johnson hat kaum Unrecht, wenn er in dem erwähnten Artikel meint, eine massive britisch-französische Aufrüstung hätte auch in den dreißiger Jahren den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nur beschleunigt und zur Niederlage der Westalliierten geführt. «In der Tat», so folgert er, «je mehr wir den Ursprung von Kriegen studieren, um so klarer wird es, daß das Abschreckungsmittel (die Rüstungen) nicht nur versagt, sondern genau die gegenteilige Wirkung hat» – deswegen nämlich, weil die «Politik der Stärke» die Entscheidungen immer mehr in die Hände der Militärs legt, die ihrer ganzen Denkweise und Berufstätigkeit gemäß allen politischen Lösungen internationaler Konflikte mißtrauen, sie sogar sabotieren und nicht auf die Verhinderung von Kriegen bedacht sind, sondern nur auf die Verhinderung einer Niederlage. Ein jüngstes Beispiel dafür bilden die monatelangen Verhandlungen des Abrüstungsunterausschusses der UNO in London. «Jeder Diplomat, der daran teilgenommen hat», so schreibt Johnson, «erzählt einem, daß die militärischen Delegationsmitglieder immer das letzte Wort haben. Und das ist auch unvermeidlich, solange die Aufrechterhaltung des Abschreckungsmittels im Vordergrund aller Überlegungen steht.»

Muß man da nicht annehmen, daß militärische Erwägungen und Bestrebungen – der Wille nämlich, den Russen unter allen Umständen den Meister zu zeigen und die besten Bedingungen für «die kommende große Kraftprobe» zu schaffen – auch fernerhin jede wirkliche Annäherung zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt verhindern und die atomaren Rüstungen statt den kriegerischen Zusammenprall der beiden Lager auszuschließen, ihn umgekehrt unvermeidlich machen werden? Dabei braucht bei den Regierungen gar nicht unbedingt der Wille zum Krieg zu bestehen. Sie werden in einer politischen Krise einfach durch das Eigengewicht der Militärmaschine fortgerissen und zu Entscheidungen gedrängt werden, die sie im Grunde gar nicht wollten. Es wird nicht immer so gehen wie in der Suezkrise, wo der amerikanische Spionagedienst fälschlicherweise meldete, Sowjetflugzeuge seien über Persien und der Türkei im Anflug, und Mr. Dulles eine amerikanische Gegenaktion befehlen wollte, die aber dann von den Wehrmachtführern selbst widerraten wurde, weil der aufzubietende Militärapparat in seiner blinden Eigengesetzlichkeit die Gefahr eines allgemeinen Krieges heraufbeschworen hätte. Das angebliche Abschreckungsmittel hätte also wegen dieses starren Automatismus gerade umgekehrt die Rolle eines kriegsauslösenden Mechanismus gespielt.

Die Amerikaner sind daher jetzt zu einem vermeintlich biegsameren System übergegangen, indem sie scharf geladene Atomflugzeuge ständig über gewissen europäischen Militärstützpunkten kreisen lassen. Aber glaubt man wirklich, daß damit die Kriegsgefahr ferner gerückt

sei? Das Gegenteil ist eher wahrscheinlich. Es braucht bloß ein Pilot oder Fliegerkommandant den Kopf zu verlieren – wie der frühere amerikanische Kriegsminister Forrestall, der von Panik ergriffen auf die Straße stürzte mit dem Ruf: «Die Russen kommen!» – und seine Bombenladung über einem sowjetischen Ziel abzuwerfen, und das Unglück ist geschehen. Oder es kann ein Irrtum in der Befehlsausgabe passieren wie im Falle jenes deutschen Offiziers, der ein Signal falsch verstand und die Zerstörung Rotterdams durch Hitlers Luftwaffe ins Werk setzte. Eine noch unvergleichlich furchtbarere Katastrophe ist nach einer Enthüllung des amerikanischen Senators Ralph Flanders (zitiert in der westdeutschen Wochenschrift «Der Spiegel» vom 19. Februar) tatsächlich erst unlängst vermieden worden. Die Radarstationen der USA-Luftwaffe hatten, wenn diese Mitteilungen stimmen, gemeldet, daß sich mehrere Geschwader unbekannter Bomber mit Überschallgeschwindigkeit den Vereinigten Staaten näherten. Der Bericht wurde von den Radarstationen an der amerikanischen Küste bestätigt. Kurz darauf stellte sich heraus, daß all diese Stationen einem technischen Irrtum zum Opfer gefallen waren. Nur die Besonnenheit des Kommandanten des Strategischen Bomberkommandos der USA, General Power, hat den Einsatz amerikanischer «Vergeltungs-Atombomber» verhindert. Wird solche Besonnenheit aber bei den verantwortlichen Befehlshabern immer walten? Das ist alles andere als sicher – und dann nimmt das Verhängnis eben seinen Lauf. Von versehentlichen Atombombenexplosionen, etwa bei einem Flugzeugabsturz, wollen wir dabei gar nicht reden.

All diese Dinge sind eben menschlich und technisch vollkommen möglich. Dies um so mehr, wenn der haß- und furchterzeugende Propagandakrieg gegen die kommunistischen Länder fortgeht und in irgendeiner politischen oder sozialen Krise wieder jene hysterische Massenstimmung entsteht, die wir von der ungarischen Sache her kennen, und die – wenn nicht eine Regierung, so vielleicht doch eine Gruppe von Fliegeroffizieren in Versuchung führen könnte, nun endlich einmal den «Brandherd des Weltbolschewismus» mit ein paar Dutzend H-Bomben gewaltsam auszulöschen . . .

Es ist nun einfach so: Atomwaffenrüstung hat weder den Zweck noch die Wirkung, einen Krieg zu verhindern. Sie kann im besten Fall einen möglichen Gegner zeitweilig einschüchtern, ist aber außerstande, auf die Dauer das Hereinbrechen der atomaren Sintflut abzuwehren. Das wissen natürlich die Militärs und Rüstungspolitiker selber am besten. Sie rechnen ja ständig mit einem neuen Weltkrieg, den sie trotz allem zuletzt zu gewinnen hoffen. Für diesen Fall stellen sie nicht allein ihre H-Bomben und Raketen bereit, sondern auch ihre konventionellen Waffen, die, vom Westen her gesehen, vor dem «Schwert» der großen Abschreckung einen «Schild» gegen den Einbruch der Russen bilden sollen. «Hauptzweck des Schildes ist es», wie der frühere holländische Generalstabschef Kruls unlängst in einem

Vortrag vor Zürcher Studenten sagte, «der Leitung der NATO Zeit einzuräumen, damit sie die Entscheidung über den strategischen Vernichtungskrieg in Ruhe fassen kann» – als ob das auf schlagartiges Handeln drängende militärische Denken in einer solchen Lage ruhige Überlegung und ein Hinauszögern der letzten Entscheidung durch die Politiker überhaupt noch zulassen würde!

Auf jeden Fall geben die Abschreckungstheoretiker mit dieser ganzen Beweisführung selber zu, daß auf die kriegsverhindernde Wirkung der Kernwaffen keinerlei ernstlicher Verlaß ist. Was sie nicht zugeben, ist freilich, daß die Atomrüstungen im Gegenteil unmittelbar kriegserzeugende Wirkung haben. Um so deutlicher muß von uns anderen den Völkern gesagt werden, daß es auch hier wieder nur der Glaube an die Wahrscheinlichkeit oder gar Unvermeidlichkeit des Krieges – überhaupt der Gewaltglaube – und das von den Bedürfnissen der Rüstungsmaschinerie beherrschte militärische Denken ist, was den Krieg herbeiführt, nicht irgendeine objektive, sachliche Notwendigkeit. Gewiß war ursprünglich die Armee ein Werkzeug der Politik, die «mit anderen Mitteln» als denjenigen einer friedlichen Diplomatie ihre Zwecke zu erreichen suchte. Je mehr sich aber die Kriegstechnik vervollkommnete und je gewaltiger der von ihr aufgebaute Rüstungsapparat wurde, desto mehr gerieten die Politiker in Abhängigkeit von den Militärs, denen sie die Führung ihrer Sache anvertrauten. So bedient sich auch jetzt der bürgerlich-kapitalistische Antikommunismus nicht mehr selbständig der Rüstungsmaschinerie für seine Zwecke, sondern die Bediener (und Interessenten!) der Rüstungsmaschinerie suggerieren umgekehrt den sogenannten Staatsmännern, daß es für ihren Konflikt mit dem Kommunismus zuletzt nur eine Lösung gebe: den Krieg. Die Politik ist die Gefangene des Militärbetriebes geworden.

Widerstreitende Kräfte Die tödliche Gefahr, die daraus dem Frieden erwächst, wird ohne Zweifel im Sowjetlager viel klarer erkannt als in der antikommunistischen Welt. Darum das hartnäckige Bemühen Moskaus, das uferlose Wettrüsten einzudämmen. «Es ist merkwürdig», so schreibt Walter Millis in der Neuyorker «Nation» (15. Februar), wie viel gute Gedanken von Rußland ausgegangen sind. Im Jahre 1898 schlug es einen Rüstungsstopp vor. 1918 (unter den Bolschewiki) schlug es einen ‚Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen' vor. In den Zwischenkriegsjahren befürwortete es die vollständige Abschaffung aller nationalen Rüstungen. Vom Beginn des Atomzeitalters an schlugen die Russen die vollständige Abschaffung aller Kernwaffen vor. Jetzt beantragen sie die Einstellung der Kernwaffenversuche. Man kann schwerlich leugnen, daß die Welt eine glücklichere und sicherere Wohnstätte wäre, wenn seinerzeit diese Vorschläge alle oder zum Teil genehm gewesen wären. Warum also sind sie so gleichförmig

gescheitert? Die beste Antwort scheint zu sein, daß die Russen nie imstand oder willens waren, einen wirklichkeitsgemäßen Überblick über die Machtfaktoren zu gewinnen, mit denen sie zu verhandeln suchten, und infolgedessen ihre Vorschläge immer nur unter dem Anschein vorbringen konnten, als seien sie lediglich ein Mittel, um die russischen Reichsinteressen oder Rußlands Sicherheit auf Kosten der Sicherheit und der Interessen der übrigen Welt zu fördern.»

Daran ist gewiß viel Richtiges. Ebenso richtig ist aber, daß die Sowjetunion keinerlei materielles oder sonstiges Interesse an Krieg und Kriegsrüstungen hat und daß sie keine Hemmungen kennt, die Überschußproduktion ihrer Wirtschaft für friedliche Zwecke zu verwenden. Paul Sweezy, der Mitredakteur der amerikanischen «Monthly Review», fand diese Tatsache bei einem jüngsten Besuch in Rußland und in anderen Ostländern vollauf bestätigt. «Es gibt (in der Sowjetunion) natürlich», stellt er fest, «keine private Munitionsindustrie, die von Militäraufträgen profitieren könnte, und sozusagen ein jeder, der in der Rüstungswirtschaft tätig ist (mit ein paar Ausnahmen vielleicht, die aber sicher keine allgemeine Bedeutung haben), weiß, daß er oder sie persönlich mindestens gerade so gut fahren würde, wenn sie Güter und Dienstleistungen für Friedenszwecke lieferten, und daß die Gesellschaft als ganzes dabei viel besser fahren würde. Vom Standpunkt der Planung und Leitung der sozialistischen Wirtschaft aus ist es außerdem vollkommen selbstverständlich, daß militärische Produktion eine Vergeudung des Überschußertrages darstellt, der sonst zur Befriedigung der dringenden Nachfrage nach Gütern verwendet werden könnte, die von allen Seiten beharrlich und stürmisch begehrt werden.»

Daß die Sachlage in den kapitalistischen Ländern von diesem Zustand gänzlich verschieden ist, braucht an dieser Stelle nicht mehr im einzelnen dargelegt zu werden. Das kapitalistische Gewinnstreben war nicht nur an zahllosen kleineren Kriegen und Eroberungsfeldzügen der Vergangenheit maßgebend beteiligt; es wirkte aufs stärkste auch bei der Vorbereitung und beim Ausbruch der beiden großen Weltkriege mit. Und daß es gegenwärtig eine Hauptantriebskraft des Antikommunismus und des Kalten Krieges besonders gegen die Sowjetunion darstellt, das ist fast eine Binsenwahrheit geworden, so sehr es sich hinter hochtönenden Redensarten von Freiheit und Menschlichkeit versteckt. Nicht zuletzt ist es offenbar, daß sich der Spätkapitalismus nur noch durch Krieg und Kriegsrüstungen am Leben halten kann und daß es in der kapitalistischen Gesellschaft kein Organ gibt, das die Nutzbarmachung des Produktionsüberschusses zur Hebung der Volkswohlfahrt planmäßig betreiben und durchsetzen könnte.

Tatsache ist jedenfalls, wie Sweezy schreibt, «daß die Lebensinteressen der führenden Gruppen in der Sowjetunion, in Polen und Jugoslawien, im Unterschied zu denjenigen der führenden Gruppen in den

Vereinigten Staaten, die Verminderung und schließliche Ausschaltung der Kriegsvorbereitungen erheischen. Ich ging nach Osteuropa in der Annahme, es sei wirklich so, und ich tat mein Mögliches, um Anhaltspunkte dafür zu entdecken, daß ich unrecht habe. Ich fand aber keine, und ich fordere jeden, der anderer Meinung ist, heraus, solches Material vorzubringen. Wenn ich hier recht habe, wovon ich unbedingt überzeugt bin, so folgt daraus, wie ich glaube, daß der Beweis für die Notwendigkeit des Sozialismus im Zeitalter der Atomwaffen in überwältigendem Maße erbracht ist... Die Frage von Leben und Tod in unserer Zeit ist Frieden oder Krieg, und in dieser Frage steht der Sozialismus auf seiten des Lebens. Vielerlei Dinge erscheinen mir heute verwickelter als früher, aber mindestens e i n Ding erscheint mir einfacher. Das Weiterleben des Menschengeschlechtes verlangt Frieden, und nur der Sozialismus kann ihn sichern. Wenn es einen besseren Grund gibt oder geben könnte, um Sozialist zu sein, so kann ich mir nicht vorstellen, was es für einer ist.»

Einstweilen bleiben die Westländer freilich dem Kapitalismus verhaftet, voran die V e r e i n i g t e n S t a a t e n. Ob der Wirtschaftsrückschlag, der jetzt Amerika trifft und sich vielleicht auf Europa ausdehnen wird, daran etwas zu ändern vermag, erscheint zweifelhaft. Die Zahl der Arbeitslosen ist freilich in den Vereinigten Staaten auf mehr als fünf Millionen gestiegen, das Doppelte des Standes vor einem Jahr, und auch in Kanada steigt sie rapid. In den anderen Industrieländern sind noch keine ernsteren Anzeichen für einen Konjunkturrückgang zu bemerken, aber außer in Westdeutschland, der Schweiz und in Japan scheint die Vollbeschäftigung ziemlich überall der Vergangenheit anzugehören. Besonders in Italien ist die Ganz- und Teilarbeitslosigkeit verheerend, aber auch zum Beispiel in Großbritannien kriselt es an etlichen Orten bedenklich.

Es ist unter diesen Umständen nur natürlich, daß die Bewegung zugunsten einer internationalen Entspannung in diesen Ländern an Umfang und Stärke zunimmt – auch in den Vereinigten Staaten. Die Kritiker der Politik des Kalten Krieges wagen sich dort heute viel kühner hervor als noch vor einem Jahr, namentlich innerhalb der Demokratischen Partei, die bei den im Herbst fälligen Erneuerungswahlen zur Bundesversammlung und dann in zwei Jahren bei der Präsidentenwahl wieder obenaufzukommen hofft. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die große, vierstündige (nach amerikanischer Sitte zwar immer wieder von kurzen Voten seiner Kollegen unterbrochene) Rede des demokratischen Senators Humphrey, der, unterstützt von dem Fraktionsführer Johnson und mehreren anderen Parteifreunden, die negative Politik von Dulles und besonders seine Unwilligkeit zu einer Generalverständigung mit der Sowjetunion lebhaft angriff. Die republikanischen und auch eine Minderheit der demokratischen Senatoren rückten zwar offen von Humphrey ab. Aber, wie im Pariser «Observateur» wohl zutreffend bemerkt wird, «nach dieser Rede und der

Unterstützung, die sie vom Fraktionsführer Lyndon Johnson wie von erstrangigen Parteimitgliedern erhalten hat, ist es sicher, daß die außenpolitische Orientierung der Demokraten nicht mehr die gleiche wie bisher bleiben kann, daß Eisenhower und Stassen nicht mehr die einzigen unter den führenden Männern Amerikas sein werden, die ‚auf den Frieden wetten', und daß die Republikanische Partei als Ganzes der Neuorientierung der Konkurrenzpartei wird Rechnung tragen müssen.»

Der Widerstand wächst Während der planmäßige Widerstand gegen die Politik des Kalten Krieges in Amerika erst langsam erwacht, ist er in England schon fast zu einer Volksbewegung geworden. Die Ausschüsse, die den Kampf gegen alle Atombewaffnung auf ihre Fahne geschrieben haben, verbreiten sich über das ganze Land hin und gewinnen in allen Bevölkerungsschichten, nicht zuletzt auch in der Jugend, zusehends Anhänger. Die politischen Parteien sehen der Ausdehnung der Bewegung verdrießlich und sorgenvoll zu und suchen sie als «unverantwortlich», «wirklichkeitsfremd», «nur» von (natürlich verächtlich abgetanem) «moralischem Sentimentalismus» beherrscht in Verruf zu bringen. In Wahrheit wird die Opposition gegen Atomkrieg und Militärrüstungen überhaupt, gerade weil sie stark von geistig-sittlichen Kräften getragen wird, auch der politischen Wirklichkeit unvergleichlich mehr gerecht als all die Weisheit der «Realpolitiker», die nur – oder doch in erster und letzter Linie – mit materiellen, greifbaren Machtfaktoren rechnen. Und eben das verschafft ihr soviel Zuzug aus Kreisen, die, ohne bisher pazifistisch ausgerichtet gewesen zu sein, Krieg und Kriegsrüstung ganz nüchtern als einfach überholt und selbstmörderisch erkennen. Bezeichnend ist, daß unter dem Einfluß dieser Bewegung auch der «Daily Herald», der jetzt allerdings nur mehr lose Beziehungen zur Labourpartei unterhält, in aufsehenerregender Art zur Opposition abgeschwenkt ist und nicht nur die Einstellung der Atombombenversuche, sondern auch den Verzicht auf eigene britische Kernwaffen, die Verweigerung von Abschußrampen für amerikanische Raketen und das Aufhören der Flüge atombombengeladener amerikanischer Flugzeuge über England fordert. Die Labourführung selber unterstützt im Grundsatz die Rüstungs- und Atombombenpolitik der konservativen Regierung, scharf angegriffen freilich vom linken Parteiflügel, der in einer neugegründeten Agitationsgruppe «Victory for Socialism» («Sieg für den Sozialismus») ein der Parteileitung höchst unbequem gewordenes organisatorisches Zentrum erhalten hat.

Im Vergleich zu dem englischen Feldzug gegen die Atomkriegsgefahr ist die entsprechende westdeutsche Bewegung noch ziemlich schwach. Immerhin sind erfolgreiche Unterschriftensammlungen unter Gelehrten, Studenten und Frauen im Gang, und auch die Gruppe, die mit der Losung «Kampf dem Atomtod» arbeitet, hat über

die Parteigrenzen hinweg eine großangelegte Aktion begonnen. Sie verlangt den Verzicht auf Westdeutschlands Beteiligung am atomaren Wettrennen, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und als Endziel eine entscheidende Entspannung zwischen West und Ost, die allein die Wiedervereinigung der beiden getrennten Hälften Deutschlands herbeiführen könne. Sogar in der Regierungspartei, der Christlich-Demokratischen Union, scheinen sich Zweifel an der Richtigkeit der Politik Adenauers und seiner Mitarbeiter geltend zu machen; aber solange die Führung der Sozialdemokratie auf beiden Achseln Wasser zu tragen sucht und sich nicht eindeutig zum Kampf gegen die westmächtlich-antikommunistische Europapolitik entschließen kann, bleibt wohl, trotz oppositionellen Strömungen im Parteivolk und in den Gewerkschaften, der ganzen Bewegung der mitreißende Schwung und damit die Erfolgsaussicht versagt.

Ähnliches gilt von Frankreich. Trotz allen amtlichen Beschwichtigungsversuchen hat das Verbrechen von Sakiet die öffentliche Meinung tief aufgewühlt und die Regierungskoalition schwer erschüttert. Namentlich greift innerhalb der Sozialistischen Partei der Widerstand gegen den Algerienkrieg wie gegen die übrige Nordafrikapolitik der Regierung, aber auch gegen die amerikanische Orientierung der allgemeinen Außenpolitik Frankreichs mehr und mehr um sich. Dem muß sogar Guy Mollet, der allmächtige Parteidiktator, Rechnung tragen, und es sieht fast so aus, als wolle er die erstbeste Gelegenheit benützen, um den Austritt der Sozialistischen Partei aus der Regierungskoalition herbeizuführen. Was aber dann? Die extreme Rechte ist im Hinblick auf eine baldige Regierungskrise bereits sehr geschäftig; Gerüchte über die Bildung einer «Regierung der nationalen Sicherheit», vielleicht unter dem Vorsitz von General de Gaulle und mit dem Zweck einer verschärften Fortsetzung des Afrikakrieges, schwirren beständig herum. Anderseits haben die beiden Linksparteien, Sozialisten und Kommunisten, bei den letzten Ersatzwahlen in die Nationalversammlung so stark an Stimmen gewonnen, daß gegen ihren Widerstand kaum ein reaktionär-diktatorisches Regime aufgerichtet werden kann. Nur fehlt es eben mindestens der sozialistischen Führung durchaus an Festigkeit und Klarheit in ihrer Kritik der offiziellen Außen- und Kolonialpolitik, und auch die Kommunisten fühlen sich durch die Besorgnis, eine Verdrängung Frankreichs aus Nordafrika werde den Weg für eine amerikanische Durchdringung Algeriens und Tunesiens öffnen, in ihrem Oppositionswillen gehemmt. Für eine Koalition der gesamten Linken – von den Linksradikalen und Linkskatholiken über die Sozialisten bis zu den Kommunisten – sind die in Frage kommenden Parteien jedenfalls, trotz aller drängenden sachlichen Notwendigkeit, immer noch nicht reif.

Die „Unterentwickelten" Werfen wir aber auch noch einen raschen Blick auf die Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker, die auch für den Kampf um die Vermeidung des dritten Weltkrieges eine so große Bedeutung hat. Im Vordergrund steht augenblicklich wieder Nordafrika. Insbesondere ist Algerien, wie Fenner Brockway, der unermüdliche britische Vorkämpfer der Befreiung der Kolonialvölker, in den «Peace News» schreibt, das Symbol all der Fragen geworden, die jetzt die Welt bewegen. «Algerien wirft die Frage der afrikanischen und anderen Gebiete auf, in denen es beträchtliche europäische Volksgruppen gibt. Es wirft die Frage West-Ost und der Rolle der NATO und anderer westlicher Militärbündnisse auf ... Algerien wird sich für den Westen als entscheidend erweisen in seinen Beziehungen nicht nur zu den arabischen Ländern Nordafrikas, sondern zum ganzen Mittelosten. Tunesien und Marokko sind trotz dem französischen Krieg gegen ihre algerischen Brüder westfreundlich geblieben. Sie werden jetzt an die Seite des neutralistischen Ägyptens getrieben, wo die Verbindung mit den Sowjets stark ist. Darum suchen Amerika und bis zu einem gewissen Grad auch England im Konflikt Frankreichs mit Tunesien zu vermitteln. Aber wenn Frankreich nicht Algeriens Unabhängigkeit anerkennt, so werden auf die Länge weder Bourguiba noch der Sultan von Marokko dem Druck ihrer Völker zugunsten der arabischen Solidarität mit Ägypten widerstehen können. Der Westen ist durch den algerischen Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen, weil die der NATO zugeteilten französischen Streitkräfte und ihre von Amerika mitgelieferte Ausrüstung nach Algerien verschoben worden sind. Die Bomber, die Sakiet angegriffen haben, sind amerikanischer Herkunft. Das hat weittragende Folgen. Würde es einem Staat, der der SEATO oder dem Bagdadpakt angeschlossen ist, erlaubt werden, westliches Material einzusetzen, wenn er in einen Privatkrieg verwickelt würde?» Dazu kommt nun noch die Entdeckung und Nutzbarmachung von Sahara-Erdöl, das Frankreich erst recht in seinem Entschluß bestärkt, um jeden Preis Algerien zu halten – so wie beispielsweise das Kupfer Nordrhodesiens und das Uran des Kongos für Großbritannien und Belgien Grund genug sind, um ihre zentralafrikanische Kolonialherrschaft zu behaupten. Für die Vereinten Nationen aber entstehen durch all diese Verumständungen Fragen und Aufgaben ersten Ranges, deren Behandlung sie sich auf die Länge nicht entziehen können.

Bedeutsam ist auch die hier schon kürzlich besprochene Entwicklung im «Schwarzen Afrika», also in den französischen Kolonien südlich der Sahara. In West- und Äquatorialafrika haben sich die einheimischen Parteien zu einem Bund zusammengeschlossen, der sich die Gewinnung der vollen inneren Selbstregierung zum Ziel setzt, unter Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Regierung der Französischen Union, die für die auswärtige Politik, das Militärwesen, das Münzsystem, die höheren Schulen und die Gerichtsorganisation zu-

ständig wäre. Ähnliche Bestrebungen machen sich in Kamerun, in Togo und auf Madagaskar geltend. Frankreich sieht sich damit vor eine Lage gestellt, die von ihm äußerste Geschmeidigkeit und Großzügigkeit verlangt, will es nicht Gefahr laufen, daß es, nach Marokko und Tunesien, zusammen mit Algerien auch seine mittel- und südostafrikanischen Kolonien ganz verliert. Gewiß ist die Reife der afrikanischen Völker zur Selbstregierung nicht über jeden Zweifel erhaben; aber die Kolonialmächte haben so lange mit der Heranziehung der Farbigen zur eigenen Gestaltung ihres Schicksals gezögert, daß der Freiheitsdrang der bislang niedergehaltenen und ausgebeuteten Rassen einfach übermächtig geworden ist und weiteres Zaudern in der Gewährung der Selbstregierung viel verhängnisvoller wäre als die Nachteile, die sich aus der noch nicht hundertprozentigen Mündigkeit der farbigen Nationen ergeben können.

So wäre es auch vergeblich, der stürmischen Unabhängigkeits- und Einheitsbewegung der arabischen Völker noch ernstliche Hindernisse in den Weg zu legen. Der neuen ägyptisch-syrisch-jemenitischen Einheitsrepublik ist nun zwar durch den Zusammenschluß Jordaniens mit Irak ein Gegenbund erwachsen, aber dabei wird es ja kaum sein Bewenden haben; und wenn die Westmächte nicht sehr rasch in Nordafrika weitherziges Entgegenkommen zeigen, so kann es wohl sein, daß der kühne Plan eines arabischen Großreiches, das von Marokko bis zum Persischen Meerbusen reichen würde, doch noch Wirklichkeit wird. Und das hieße, daß in diesem ganzen Raum für die antikommunistische Machtpolitik der kapitalistischen Länder kein Platz mehr wäre, vielmehr umgekehrt der sowjetische Einfluß zunehmend stärker würde.

Auch Süd- und Ostasien entgleitet ja mehr und mehr den Westmächten; daran ändert auch die SEATO nichts, deren Ministerkonferenz in Manila ganz von der Furcht vor dem Umsichgreifen des Kommunismus beherrscht war. Eine gewisse Berechtigung schöpft diese Furcht, außer der Anziehungskraft Chinas, nicht zuletzt aus der Entwicklung in Indonesien (auf die ein andermal zurückzukommen sein wird), wo der Kommunismus einen günstigen Nährboden gefunden und auch in der Regierung eine beträchtliche Machtstellung gewonnen hat. Die Rebellion gegen die Zentralregierung, die im übrigen wesentlich aus andern Quellen gespeist wird, nährt sich unzweifelhaft auch aus dem Widerstand gegen diese kommunistischen Einflüsse.

Soll ich in diesem Zusammenhang auch noch die Präsidentenwahl in Argentinien erwähnen, die dem bürgerlich-linksradikalen Kandidaten Arturo Frondizi einen Wahlsieg gebracht hat, wie er ausgesprochener in der argentinischen Geschichte noch nie vorgekommen ist? Nach dem Sturz des amerikahörigen Diktators von Venezuela ist dieses Ereignis gewiß ein Anzeichen für die Stärke der Unabhängigkeitsbewegung auch der südamerikanischen Halbkolonialvölker. Fron-

dizi wird voraussichtlich einen nationalistischen Kurs einschlagen, besonders in der Frage der Verfügung über die argentinischen Ölquellen, die er – wie die übrigen Naturschätze und Wirtschaftskräfte seines Landes – dem amerikanisch-kapitalistischen Zugriff zu entziehen strebt. Und da ihm auch der Plan nachgesagt wird, eine enge Wirtschaftsunion Argentiniens mit Chile herzustellen, wo die Linke bei den nächsten Wahlen gute Aussichten hat, so rückt die Bildung eines südamerikanischen Linksblocks durchaus in den Bereich der Möglichkeiten – ein neuer Hinweis auf die Götterdämmerung, die für den kapitalistischen Kolonialismus und Imperialismus angebrochen ist.

Alles kommt nun darauf an, daß der Übergang von der alten Welt zu der neuen, die wir ersehnen und die so machtvoll heraufzieht, ohne eine allverheerende Menschheitskatastrophe erfolgt. Nur die Einsicht, daß wir – vor allem bei der Friedenssicherung – ganz entschlossen die alten Denkgeleise und Verhaltensweisen verlassen müssen, kann uns Kraft geben, die neuen Wege zu gehen, die zu unserem Heil führen werden.

15. März 1958 *Hugo Kramer*

So manchmal werd' ich irre an der Stunde,
An Tag und Jahr, ach, an der ganzen Zeit;
Es gärt und tost, doch mitten auf dem Grunde
Ist es so still, so kalt, so zugeschneit!

Habt ihr euch auf ein neues Jahr gefreut,
Die Zukunft preisend mit beredtem Munde?
Es rollt heran und schleudert, o wie weit!
Euch rückwärts. – Ihr versinkt im alten Schlunde.

Doch kann ich nie die Hoffnung ganz verlieren,
Sind auch noch viele Nächte zu durchträumen,
Zu schlafen, zu durchwachen, zu durchfrieren!

So wahr erzürnte Wasser müssen schäumen,
Muß, ob der tiefsten Nacht, Tag triumphieren,
Und sieh: Schon bricht es rot aus Wolkensäumen!

Gottfried Keller